

Modernisierung ohne
Orientierung geht fehl

Wertgebundene Mitte

Friedrich Merz

*„Man glaubt gar nicht, wie schwer es oft ist,
eine Tat in einen Gedanken umzusetzen!“*

(Karl Kraus)

Besser als mit den Worten von Karl Kraus kann man die Arbeit der Regierung Schröder wohl kaum beschreiben. Welche programmatische Leere sich hinter einem Kanzler verbirgt, für den Macht nicht Gestaltungsinstrument, sondern Selbstzweck ist, wird immer offenkundiger. Bei Oskar Lafontaine schlug das Herz noch links, bei Gerhard Schröder schlägt es nur noch, um zu schlagen. Um dieses zu überspielen, greift man zu einem altbekannten Ablenkungsmanöver: hier ein paar geistige Nebelkerzen zünden, dort ein paar schwammige Begriffe in die politische Debatte werfen; dazu kommt die Herabsetzung des politischen Gegners, anstatt sich ihm argumentativ zu stellen.

Im Wahlkampf hatte noch eine ominöse „Neue Mitte“ erhalten müssen, um die Erosion sozialdemokratischer Programmatik zu kaschieren. Nachdem die Untauglichkeit dieses Konzepts deutlich geworden ist, werden neue Angriffe zur Ablenkung gestartet: Nun geht es um die Verdrängung der CDU aus der Mitte. Warum ist „für die CDU in der Mitte kein Platz mehr“? Die schlichte Begründung lautet: „Mitte ist da, wo die linke Volkspartei SPD ist.“

Es muss schlecht bestellt sein um die alte Volkspartei SPD, wenn sie ihr Heil in einem solchen Großangriff auf die CDU sucht. Die Union als langjährige Integrations- und Regierungspartei eine „Belie-

bigkeitspartei, außerhalb der Mitte und am Rand der Gesellschaft“? Demgegenüber die „linke Volkspartei SPD“, und sie allein „ist die Mitte“? Ein grandioses Potemkinsches Dorf, das seitens der SPD da gebaut wird.

Dass die SPD als die andere Volkspartei eine Auseinandersetzung um die Mitte aufnimmt, ist in Ordnung. Das gehört zu den politischen Spielregeln. Suggestiert wird aber die Gleichung: Mitte gleich Gesellschaft (bis auf die Ränder) gleich SPD. Und das ist eben in höchstem Maß zweifelhaft.

Einmal abgesehen von der einseitigen Sicht auf die letzten fünfzig Jahre der Bundesrepublik Deutschland und ebenso abgesehen von einem abenteuerlichen Verständnis von „deutschnational“ und „Zentrum“, das alte sozialdemokratische Vorurteile zur eigenen Nation wie zur christlich-demokratischen Programmatik freilegt, begegnet die Behauptung der SPD mindestens drei Einwänden.

Erstens: Es geht den führenden Leuten der SPD nicht um die geistvolle Analyse zur Erkenntnis der gesellschaftlichen und politischen Situation, sondern um die Strategie zur Sicherung der SPD-Herrschaft. Diese Strategie ist von Tony Blair vorexerziert worden: Als Partei muss man medial die alleinige Verkörperung eines modernen „Dritten Weges“ behaupten und zugleich begrifflich den parteipolitischen Gegner an den Rand der Gesellschaft drängen. Genau eine solche Marginalisierungsstrategie verfolgt die SPD, indem sie versucht, die CDU als

wandlungsfeindliche, „konservative Partei am Rand der Gesellschaft“ zu stigmatisieren. Aber eine solche Strategie scheitert nicht nur, weil sie die Selbstbehauptungskräfte der CDU hervorruft, sondern vor allem, weil sie an der Wirklichkeit vorbeigeht. Die CDU hat für die Bundesrepublik Deutschland große Integrationsleistungen vollbracht – und erbringt sie bis heute. Sie bleibt die große Volkspartei, die zur Mitte integriert. Ihre politisch-kulturelle Leistung besteht in der immer wieder erneuerten Vermittlung von Tradition und Fortschritt. In der Tat ist die CDU konservativ: Werte dauerhaft zu bewahren ist ein zentraler Beitrag zum Erhalt unserer Demokratie und schafft notwendiges Vertrauen in den Zeiten schnellen Wandels. Zudem gilt für alle Neuerungen der Grundsatz, dass sie aufzeigen müssen, was durch sie verbessert wird – die Erfahrung lehrt ja zu Genüge, was sich auch zum Schlechteren wenden kann. Wandel und Beständigkeit, Offenheit für das Neue und dessen Prüfung gehören für die CDU zusammen. Sie liefert sich weder blindem Fortschrittsglauben aus noch reaktionärer Verteidigung des Überlieferten um seiner selbst willen. Weil sie den Sinn für das Bewährte und das Innovative gleichzeitig bewahrt, kann sich die CDU besser als andere Parteien den anstehenden Problemen stellen, von der Wahrung der Schöpfung bis zum Wandel der Arbeitswelt, von der Globalisierung bis zur Generationengerechtigkeit, von den Innovationen der Lebenswissenschaften bis zur entstehenden wissensbasierten Informationsgesellschaft.

Hinzu kommt: Die CDU ist nicht nur konservativ, sie ist mehr. Als einzig wirklich moderne Partei hat sie nach dem Krieg die großen geistig-politischen Strömungen des Christlichen, Sozialen, Liberalen und Konservativen integriert. Sie hat damit entscheidend zum Gelingen der parlamentarischen Demokratie beigetragen. Diese Fähigkeit zur politischen

Gestaltung auf der Basis von Werten, zur geistigen Orientierung und zur politisch-kulturellen Integration sowie zum Ausgleich beharrender und vorwärts drängender Kräfte macht die CDU zu einer Partei, die für die Lösung der Zukunftsprobleme gebraucht wird. Gerade weil die CDU sich immer wieder aus den Wurzeln heraus erneuert, kann sie für eine verträgliche Gestaltung der enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche einstehen. Die Arbeit der Zukunftskommissionen in der CDU zu den Bereichen Familie, Bildung, Föderalismus und Sozialstaat zeigen deswegen auch deutlich: Aus sachangemessener und wertgebundener Politik entstehen zurzeit bei der CDU die besseren Konzepte.

Deswegen scheitert auch der Versuch, die CDU als Partei-Dinosaurier zu beschreiben und die SPD mit der Gloriette der Fortschrittspartei zu umgeben. Denn neben allen inhaltlichen Unterschieden haben in Wahrheit die großen Volksparteien ähnliche Probleme zu meistern: Das Schwinden tradierter Milieus, die Erosion selbstverständlicher Parteibindungen, das Auswandern von Engagementspotenzialen weg von Parteien in die kleinteiligen Organisationen direkter Demokratie, Politik-, Parteien- und Parlamentsverdrossenheit – das sind Entwicklungen, die beide Volksparteien herausfordern. Wer diese nur einseitig anderen zuschiebt und bei sich selbst ignoriert, wird zunehmend realitätsblind – mit den entsprechenden Folgen für die Politik.

Kaschierte Desorientierung

Zweitens: Verve und Ausschließlichkeit des Anspruchs, die politische Mitte zu bilden, kaschieren die Desorientierung der SPD. Macht geht ihr vor Substanz. Dass es sich bei der rot-grünen Regierung nicht um das beschworene „historische Bündnis“ handelt, hat schon die Koalitionsvereinbarung offen gelegt. Und die bisherige

Regierungspraxis hat schonungslos die fehlende inhaltliche Orientierung erkennen lassen. Entweder wurde von der jetzigen Koalition die früher als falsch verschriene, aber dann doch als richtig erkannte CDU-Politik im Grundsatz fortgesetzt wie bei der Steuerpolitik – allerdings mit vielen handwerklichen Fehlern. Oder Probleme wurden falsch angepackt wie bei der Rentenpolitik mit der Folge großer Verunsicherung bei den Wählern. Oder aber das politische Handeln beschränkt sich auf ein Minimum wie bei der Gesundheitspolitik, wo der Mangel an Reformen das Gesundheitssystem an den Rand der Funktionsfähigkeit bringt und seine Substanz gefährdet.

Es gab nur ein einziges wirkliches Projekt von Rot-Grün, die so genannte ökologische Steuerreform. Diese wurde aber so umgestaltet, dass sie kaum wirkliche Lenkungswirkung zeigt. Dass die Ökosteuer zu einem reinen Abkassiermodell wurde, hat den Gedanken eines nachhaltig schonenden Umgangs mit unseren Ressourcen und einer darauf bezogenen politischen Steuerung diskreditiert. Nicht mehr, sondern weniger Nachhaltigkeit ist die Folge. Wie von führenden Vertretern der SPD angesichts des eklatanten Widerspruches von rot-grünem Anspruch und faktischen Taten Zufriedenheit mit sozialdemokratischer Politik und dem politischen Stil des Bundeskanzlers demonstriert werden kann, bleibt mir jedenfalls schleierhaft. Echte politische Zufriedenheit basiert auf realen Leistungen. Ohne diese bleiben nur Überheblichkeit und Anmaßung. Modernität hat die SPD-Regierung vor allem bewiesen hinsichtlich besserer Verkaufsstrategien und medialer Darstellungskunst – bei gleichzeitigem politischen Mimikry im Substanzialen.

Schröder ist zweifellos ein Meister der Anpassungsartistik an Demoskopie und Medien. Ein solcher Politikstil liefert sich den Moden des Zeitgeistes und den sich

schnell wandelnden Stimmungen aus. Da wird ordnungspolitisch falsch interveniert – siehe Holzmann. Da wird eine schlechte Umweltpolitik mit fehlerhaften Mitteln zu reparieren versucht – siehe Entfernungspauschale. Da wird kurzfristig im Agrarbereich unabhängig von der Qualität in gute Biohöfe und schlechte Agrarfabriken unterschieden – so bei der BSE-Krise. Diese Beispiele einer Beliebigkeitspolitik nach jeweiligem tagespolitischen Erregungszustand lassen sich fortführen.

Strategisches Zentrum

Drittens: Nach vielen Irrungen und Wirrungen – zudem mit großem personellen Verschleiß – hat die SPD ihr strategisches Zentrum gefunden: das Machtsystem Schröder. Aber der Preis ist hoch. Er besteht in der Enttraditionalisierung und dem Verlust des ideellen und soziokulturellen Kitts, der die sozialdemokratische Partei zusammengehalten hat. Das frühere „Linke“ – frei und sozial – ist in den Grundkonsens der Republik eingegangen und Gemeingut der Parteien geworden. Darin liegt jedenfalls nichts spezifisch Sozialdemokratisches mehr. Die Suche nach neuer ideologischer Unterfütterung endete bei der SPD bisher in Beliebigkeit: Papiere tauchen auf, erstrahlen kurz im Medienglanz und werden dann ad acta gelegt. In der SPD ahnt man, dass Schrödersche Kurzfrist-Ideologie, technokratisches Denken und populistischer Pragmatismus auf Dauer den Machterhalt nicht sichern.

So sucht man neue Festigung durch die Besetzung einer quantitativ-formal verstandenen Mitte. Diese Mitte soll durch die SPD als die weitgehende Mehrzahl der Gesellschaft definiert sein, was einer begrifflichen Schimäre gleichkommt. Sie geht an der Vielschichtigkeit einer hochkomplexen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts schlichtweg vorbei. Politik

funktioniert „jenseits von Links und Rechts“ (Anthony Giddens). Mit einer solchen „Besetzungsstrategie“ korrespondiert der Versuch der Ausgrenzung. Müntefering geht es um die kulturelle Hegemonie durch Verdrängung, nicht durch Auseinandersetzung und Wettbewerb. Dieser Versuch, die CDU zur Partei *non grata* in der politischen Mitte zu erklären und dort allein die SPD zu inthronisieren, erscheint als eine linke, spezifisch sozialdemokratische Variante des Freund-Feind-Denkens Carl Schmittscher Provenienz. Ein solches Denken reaktiviert ein auch in der Sozialdemokratie angelegtes elitäres Politikverständnis. Es ist das altmarxistische Erbe in der SPD, das noch immer ein avantgardistisches Verständnis von Modernität behauptet: Die SPD steht an der Spitze des Fortschritts, bringt die eigentlichen Interessen der Gesellschaft zum Ausdruck, weiß, was *für* die Gesellschaft gut ist. Es gibt daher die SPD als die gute, fortschrittliche Partei, und es gibt die anderen, die „rück-schrittlichen“, unvernünftigen Parteien, die daher „an den Rand“ gehören. Das zu Grunde liegende Modernisierungsverständnis ist linear und eindimensional. Es ist die Behauptung eines Patentrezeptes für den politischen Umgang in einer weiterentwickelten Demokratie.

Das gilt auch für den verborgenen Rousseauismus, der in der behaupteten Identifikation von SPD und Mitte als der eigentlichen Gesellschaft steckt. Hier werden Anklänge an ein identitäres Demokratieverständnis wach, in welchem ein *ex ante* erkanntes Allgemeinwohl mit dem Willen des Volkes zusammenfällt. Die Behauptung „Mitte ist da, wo die SPD ist – Die linke Volkspartei SPD, das ist die Mitte“ ist nicht weit davon entfernt, weil Mehrheit, Mitte und Gesellschaft weitgehend zusammengedacht werden. Man sollte dabei bedenken, dass Verschmelzungsfantasien oft autoritären Ursprungs sind. Noch wichtiger ist aber: Ein solches

Denken führt zum faktischen Monopolanspruch auf die Mitte, auf die Politik-inhalte, den habituellen Politikstil und nicht zuletzt auf den *common sense* des Alltags – „unanständig“ wird ja von dieser Regierung als Hauptvorwurf gebraucht. Zu Ende gedacht führte dies zu Einschränkungen von Freiheit, Pluralismus und repräsentativ-parlamentarischer Demokratie.

Kein arithmetisches Mittel

Deswegen beharrt die Union darauf, dass die Mitte nicht einseitig usurpiert werden darf, sondern dass hier essenziell der politische Wettbewerb um der Demokratie willen aufrechterhalten werden muss. Politische Mitte ist zuallererst ein Wettbewerbsort um geistige Orientierung, politische Programmatik, umsetzungsfähige Konzepte. Nicht um Monopolisierung, sondern um Konkurrenz der großen Volksparteien um die politische Mitte muss es gehen.

Deswegen ist für die Union Mitte auch nicht das arithmetische Mittel auf einer Skala von links bis rechts. Ein solches Denken in den Kategorien von Lineal und Zentimeterband ist überholt. Der symbolische Ort der Mitte steht für

- die Geltung von Werten, von Haltungen, vor allem Achtung und Anstand und wertgebundener Politik,
- für Richtigkeit der Problemwahrnehmung und Sachangemessenheit der Lösungen
- sowie die Verbindung von Maß und Mitte, die schon von Aristoteles in seiner Tugendlehre als Kunst des richtigen, guten Verhaltens dargelegt wurde.

Politisch-programmatisches und politisch-pragmatisches Handeln muss sich auf alle drei Ebenen beziehen. Das macht die politische Mitte aus. Erst in dem politischen Wettbewerb um die Mitte wird jene Kreativität wach, die die freiheitliche Demokratie konkurrenzlos macht gegen-

über Diktaturen oder autoritären Regimen aller Art.

Konsens, Konflikt und Vielfalt

Dabei gehören Konsens, Moderation und neue Partizipationsformen zweifellos zu einer Politik, die vielfältige Ansichten und Interessen zum Ausgleich bringen muss. Aber das ist nur die eine Hälfte der Wahrheit. Wer den strukturellen Wandlungsprozessen am Beginn des 21. Jahrhunderts einen adäquaten Entwicklungs- und Gestaltungsrahmen geben will, der muss ebenso gewichtig auf Wettbewerb, Auseinandersetzung und Konkurrenz setzen. Teilhabe und Beteiligungsgerechtigkeit beziehen sich schließlich auf beide Seiten. Wir brauchen deswegen sowohl eine Kultur des Miteinanders als auch des Gegeneinanders, eine von Konsens und Konflikt, von Kooperation und Wettbewerb.

Aus diesem Grund setzt die Union auf Vielfalt – Vielfalt der individuellen Lebenswege, der gesellschaftlichen Optionen, der Ausgestaltung der Arbeitswelt, der Vielgestaltigkeit von Bildungswegen und Bildungsabschlüssen, der kulturellen Auseinandersetzungsprozesse. Und auf Vielfalt in der Politik: Föderalismus als Stärkung der unterschiedlichen politischen Ebenen, öffentliche Diskurse in den kleinen wie den großen Einheiten, Kreativität durch Wettbewerb. Die Ermöglichung mannigfacher Wege eröffnet den Raum für die Gestaltung der Zukunft. Vielfalt ist Ausdruck der Freiheit. Wer Freiheit will, will die bunte, nicht die eindimensionale Gesellschaft.

Statt populistischem Pragmatismus setzt sich die CDU für einen wertgebundenen Pragmatismus in der Politik ein. In dieser Perspektive waren und sind für die CDU zwei Einsichten zentral:

Erstens: Das christliche Menschenbild, das Verständnis vom Menschen als Person in seiner Individual- und Sozialbe-

züglichkeit. Freiheit ist für uns der zentrale Wert, er gibt Gerechtigkeit und Solidarität Basis und Kontur. Freiheit heißt für uns Selbstentfaltung und Selbstbindung, nicht Beliebigkeit, sondern Verantwortung. Das Organisationsprinzip der Freiheit ist die Subsidiarität. Es geht um die Hilfe, die einer zu seiner Entfaltung braucht, und um die Hilfeleistungen durch die „kleinen Einheiten“, die sie am besten und problemnah erbringen können.

Zweitens: Niemals irdischen Heilsgewissheiten folgen – sie haben im zwanzigsten Jahrhundert genug Schaden angerichtet –, sondern einem auf Werte gründenden, konzeptionell angeleiteten politischen Pragmatismus. Für den gilt die Erkenntnis Bert Brechts: „Nur belehrt von der Wirklichkeit können wir die Wirklichkeit verändern.“ Es geht um eine Politik, die sich auf Werte gründet, die einen Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen entwickelt und die ihre Ergebnisse, ihre beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen immer wieder an der Wirklichkeit überprüft.

Mir scheint, dass mit dem Fundament wertgebundener Politik die CDU die bessere Aussicht hat, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen, als eine SPD, die mit dem Mantel moderner politischer Begrifflichkeit doch nur die Austrocknung ihrer Traditionen, Konzeptionslosigkeit und den substanzentwöhnten, populistischen Politikstil Schröders kaschiert.

Für die CDU gilt der Satz Konrad Adenauers: „Wenn die anderen glauben, man ist am Ende, so muss man erst richtig anfangen.“ Die CDU hat die Kraft dazu und die politische Substanz. Deswegen wird sie ihren Kurs der programmatischen Erneuerung unbeirrt fortsetzen – um der Menschen in unserem Lande willen und im Interesse einer wettbewerbsorientierten, freiheitlichen und damit ernst genommenen Demokratie.